

Vormärz

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Freitag
20. Februar 1925

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282 - 208
Tel.-Nachr.: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenverteilung:
Gesellschaft 9-2 Uhr
Verleger: Vormärz-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506 - 2507

Abrechnung im Reichstag.

Genosse Herz gegen Luther und Stresemann. — Gegen die Bevorzugung der Ruhrindustrie. — Rückzahlung der 700 Millionen gefordert!

Die ersten Beratungen der heutigen Sitzung des Reichstages ließen nicht erkennen, welcher Sturm über das Haus noch hinweggehen sollte. Zunächst wurde das Wirtschaftsabkommen mit Oesterreich besprochen, dem alle Parteien grundsätzlich zustimmten. Der Redner der Sozialdemokratie, Genosse Hilferding, vertrat dabei grundsätzlich den Standpunkt unserer Partei und protestierte noch einmal gegen die Ausschaltung des Reichstages bei dem Abschluß des Abkommens.

Dann kam es zum Hauptpunkt der Tagesordnung, zur Besprechung der Denkschrift der Regierung über die Zahlungen an die Ruhrindustriellen. Genosse Dr. Herz hielt eine scharfe Abrechnung mit denen, die für die Verschleuderung der Riesensummen an die Ruhrkapitalisten verantwortlich sind, und er nannte besonders die Namen der Herren Stresemann und Luther. In frischer, temperamentvoller Rede, gestützt auf zahlreiches einwandfreies Material, wies er nach, daß das Verhalten der Regierung gescheitert und gescheitert sei. Sie habe bewußt die entscheidenden Körperschaften und alle Organe ausgeschaltet, die in dieser Frage das Mitbestimmungsrecht hatten. Erst als die Sozialdemokratie durch ihren Brief diese Dinge in die Öffentlichkeit zog, bequeme sich die Regierung zu einer ersten oberflächlichen Rechnungslegung. Doch aber suchte sie direkt und indirekt die Dinge zu verschleiern, und sie glaubte die früheren sozialdemokratischen Minister als ihre Mitschuldigen hinstellen zu können. Unser Redner konnte nachweisen, daß sowohl Genosse Soliman wie Genosse Robert Schmidt, der damalige Minister für Wiederaufbau, bei den entscheidenden Besprechungen entgegen dem ordnungsmäßigen Geschäftsgang ausgeschaltet worden sind, und daß der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hilferding mit dieser Angelegenheit überhaupt nichts zu tun gehabt hat.

In glänzender, überaus wirksamer Weise richtete Dr. Herz seinen Angriff gegen die verantwortlichen Personen, wobei er noch besonders betonte, wie sehr das neue Staatswesen durch eine derartige Handlungsweise geschädigt worden ist. Mit stürmischem Beifall wurde diese Rede, die wie ein erschütternder Windstoß in die dumpfe Atmosphäre hineinfuhr, von der Linken aufgenommen.

Vergeblich bemühte sich der Reichskanzler Dr. Luther, um die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners abzuwehren. Er begnügte sich mit einigen Allgemeinheiten, die aber fortwährend zu stürmischen Kundgebungen der Linken Veranlassung gaben. Er verwies auf den Ausschuss, wo die Regierung über alle Einzelheiten Rechnung legen will.

Die heutige Reichstags-Sitzung eröffnete Präsident Lobe kurz nach 11 Uhr vormittags. 1. Punkt der Tagesordnung ist der Zusatzvertrag zum Wirtschaftsabkommen mit Oesterreich. Für den Ausschuss berichtet Abg. Dr. Jaune-Dung (Dnt.): In Deutsch-Oesterreich ist am 1. Januar ein neuer Zolltarif in Kraft getreten. Deshalb mußte dieses Zusatzabkommen geschlossen werden, damit die deutsche Einfuhr nicht mit den höheren Zöllen belastet wird und die Wettbewerbsfähigkeit bestehen bleibt. Da der Reichstag nicht versammelt war, wurde durch eine Verordnung auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung das Abkommen vorläufig bis zum 28. Februar in Kraft gesetzt. Auf verschiedene Beweinungen im Ausschuss hat die Reichsregierung erklärt, daß die Anwendung jener Bestimmung des deutsch-österreichischen Zollgesetzes, wonach ein Uebergang von 33% Proz. auf die Einfuhr aus solchen Ländern gelegt werden kann, die das Washingtoner Arbeitszeitabkommen nicht ratifiziert haben, mit der Wettbewerbsfähigkeit nicht zu vereinbaren wäre.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann: Auch für die Reichsregierung ist die politische Gesichtspunkt maßgebend, der viel wichtiger ist als die Frage, wer bei diesem Vertrag der Gebende und der Nehmende ist. Durch die Friedensverträge von Versailles und Saint-Germain, sowie durch die Abmachungen der deutsch-österreichischen Regierung mit dem Völkerbund im Oktober 1922 sind schwere Hindernisse zwischen uns aufgerissen. Aber das alles darf uns nicht von dem Ziel ablenken, unsere Beziehungen zu Deutsch-Oesterreich so eng zu gestalten, wie irgend möglich. (Lebhafte Beifall.) Wenn wir auch mangels eines Zolltarifs noch nicht feste Grundlage für einen endgültigen Handelsvertrag haben, so haben wir doch diese Verhandlungen geführt, um womöglich der erste Staat zu sein, der mit Deutsch-Oesterreich einen Vertrag schließt. In Deutsch-Oesterreich sind lebhaft Klagen über Schwierigkeiten im Grenzverkehr erhoben worden. Wir werden bereits Anfang der nächsten Woche mit der hiesigen deutsch-österreichischen Gesandtschaft in Verhandlungen eintreten, die zur vollständigen Aufhebung des Eisenerzvermerks zwischen beiden Staaten führen sollen (Beifall.)

Abg. Dr. Hilferding (Soz.):

Das Budgetrecht des Reichstages ist durch Verordnungen auf Grund des Art. 48 wiederholt verletzt worden. So auch in diesem Fall, wo durch eine einfache Verwaltungsverordnung die Zölle geregelt wurden. Mit dieser Verletzung der parla-

mentarischen Rechte sind wir nicht einverstanden und erklären diese Anwendung des Art. 48 als durchaus unzulässig.

Die Regierung muß dafür Indemnität verlangen und ein Gesetz über die Anwendung des Art. 48 vorlegen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Mit der Ratifizierung des vorliegenden Vertrags sind wir einverstanden und begreifen durch- aus die Antündigung des Außenministers, daß auch auf anderem als wirtschaftlichem Gebiet Deutsch-Oesterreich entgegengekommen werden soll. Wir Sozialdemokraten haben haben und drüben schon vor der Vertreibung der beiderseitigen Dynastien den Anschluß Deutsch-Oesterreichs gewünscht. Gerade wir haben den großdeutschen Gedanken, der ein Erbteil der Revolution von 1848 ist, hoch gehalten. Die deutsch-österreichischen Sozialdemokraten sind die Vorkämpfer dieses großdeutschen Gedankens, während die Christlich-Sozialen und Deutschnationalen drüben vor dem Genies Protokoll kapituliert und jenen neuen Verzicht auf den Anschluß unterschrieben haben. Den Kampf gegen diese Politik führen in Deutsch-Oesterreich allein die Sozialdemokraten. Wir begrüßen es, daß die Vorkämpfer gegen Deutsch-Oesterreich aufhören werden. Wir bebauern außerordentlich, daß man solange damit gezögert hat. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Der vorliegende Vertrag spricht auch schon von

deutschen Agrarzöllen.

Gegen diese werden wir zu kämpfen haben, wenn die Regierung sie vorschlägt. Das Abkommen sagt, daß, wenn Agrarzölle eingeführt werden, mit Deutsch-Oesterreich über ihre Herabsetzung verhandelt werden wird. Die Ermächtigung für die deutsch-österreichische Regierung, Strajzölle gegenüber Ländern festzusetzen, die das Washingtoner Abkommen nicht ratifizieren, ist natürlich den Gegnern der Ratifizierung sehr unangenehm. Zwar ist diese Bestimmung nicht sehr bedeutend, denn Deutsch-Oesterreich ist ein kleines Land und kein großer Abnehmer, aber kein Beispiel kann gefährlich werden, wenn wir nicht ratifizieren, und deshalb müssen wir die Ratifizierung bald vornehmen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir hätten dann auch ein Mittel, um gegen Länder, die soziales Dumping treiben, Maßnahmen zu ergreifen. Da der Wirtschaftsentwurf für unsere Wirtschaft durchaus erträglich ist und ein unerlässlich notwendiger Kulturfortschritt ist, können wir die Bedenken gegen jene deutsch-österreichische Bestimmung nicht teilen und stimmen für das Abkommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stöcker (Komm.) schließt sich dem Protest des Vorredners gegen die mißbräuchliche Anwendung des Art. 48 an und verlangt, daß die Rechte des Reichstages von der Regierung geachtet werden. Auch er wünscht die Beseitigung der Schranken gegenüber Oesterreich und befürwortet die Schaffung einer Zollunion. Das Abkommen würden seine Freunde ablehnen.

Abg. Meyer (Dem.) begrüßt gleichfalls die Vorlage als einen Schritt zur Herstellung der wirtschaftlichen Einheit zwischen Deutschland und Oesterreich. Trotz einzelner Bedenken würde seine Partei dem Abkommen zustimmen. Er wünscht, daß bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen die Interessen der weiterverarbeitenden Industrie und des Handels besser berücksichtigt werden. Das Abkommen wird dann in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Ohne Aussprache stimmt das Haus in zweiter und dritter Beratung dem Entwurf eines Gesetzes über Verlängerung der Gültigkeitsdauer und Abänderung des deutsch-portugiesischen vorläufigen Handelsübereinkommens vom 28. April 1923 zu. — Die Anträge betreffend Vorlegung von Gesetzen zur Abänderung der Kriegsschadensgesetze und zur Entschädigung der verdrängten Grenzland- und Auslandsdeutschen werden ohne Aussprache einem wieder gebildeten Ausschuss zur Erledigung der Kriegsschadensverträge übergeben.

Es folgt nunmehr die Beratung der Denkschrift der Regierung über die Reparationslasten und Schäden der Privatwirtschaft des Ruhr- und Rheingebietes und ihre Erstattung durch das Reich.

In Verbindung mit der Beratung des sozialdemokratischen Antrags zur Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Kredite an Ruhrindustrielle. Die Kommunisten haben einen ähnlichen Antrag eingebracht.

Finanzminister von Schöleren sagt nur wenige Sätze zur Begründung der Vorlage. Die Regierung habe im Ausschuss die Einbringung dieser Denkschrift angekündigt und zugleich gesagt, daß sie einen Antrag auf Entlastung dem Hause vorlegen werde. Diese Vorlage werde jetzt eingelegt. Er habe schon im Ausschuss ausgeführt, daß bereits namhafte Zahlungen geleistet worden seien und weitere Zahlungen bevorstünden. Wie seinem Vorgänger, so sei auch ihm klar gewesen, daß dem Reichstag nicht nur bei der Prüfung der Rechnungen für das Etatsjahr 1924, also vielleicht erst in 1 1/2 Jahren, sondern sofort bei dem Zusammenritt des Reichstages die Indemnitätsvorlage vorgelegt werden müßte. Die Regierung habe keineswegs die Absicht, einen politischen Kampf mit dem Reichstag über die Auslegung der rechtlichen Bestimmungen zu führen. Er wolle nicht auf die Einzelheiten der Denkschrift eingehen, da der Reichstag zu diesem Zwecke einen Ausschuss wählen werde.

Abg. Dr. Herz (Soz.):

Als bekannt wurde, daß die Ruhrindustrie 700 Millionen erhalten habe, da ich ein angelegenes deutschfreundliches Wort des neutralen Auslandes: „Jedes Unglück, das das deutsche Volk trifft, hat sich bisher stets als ein Segen für die Großindustrie erwiesen“. (Sehr wahr links! Sofortiges Gebrüll rechts.) So bedauerlich dieses bittere Urteil des Auslandes ist, so wahr ist es auch. Die mit dem Reichsverband der Industrie verbundene poli-

tische Macht hat sich immer wesentlich stärker erweisen, als die politische Macht des Volkes. (Andauerndes Geschrei rechts.) Wenn das Volk mit Millionen Bohausfall und unermesslichen sonstigen Opfern bezahlt hat, so hat das Kapital Macht und ungeheure Reichtümer gesammelt. (Rufe rechts: Parat!) Wenn Herr Parat seine Geschäfte im Ruhrgebiet gemacht hätte, dann wäre er heute wahrscheinlich einer von Ihren Rationalisierern. (Stürmische Zustimmung links, letztes Wort geschrien rechts, das nach dieser Abfuhr esstirbt.) Sie glauben wohl von vornherein, die Erörterung dieser Frage unterdrücken zu können? Es liegt in Ihrem und im Interesse der Reichsregierung, wenn Sie zunächst einmal erfahren, was hier vorliegt.

Die Macht des Sachbesses ist immer weiter gestiegen, je mehr die Ruhrkapitalisten verstanden sind. Wie ist die Anhäufung des Reichtums in wenigen Händen aber so rasch vor sich gegangen, als in den Zeiten des Ruhrkampfes, wo viele Millionen Deutscher der bittersten Not preisgegeben waren und wenige aus der Not die Jesu des Volkes ihre wirtschaftliche Gewalt aufbauten. Dieselben, die das Reich am Rhein und an der Ruhr mit Einlegung ihrer Existenz, ihres Lebens, ihrer Gesundheit verteidigt haben, die gepriesen wurden als Helden, die sind beim Abbruch des passiven Widerstandes von der Reichsregierung aufs schändlichste im Stich gelassen worden und wurden ein Opfer jener, deren Besitz und Eigentum aus Reichsmitteln so gewaltig vermehrt wurde. (Stürmische Zustimmung links.) Am 27. Januar hat die sozialdemokratische Reichstagsopposition durch ihren Brief an den Reichskanzler Aufforderung über die Zahlungen des Ruhrkapitalismus verlangt, diesem Brief sind von den verschiedenen erzielte Versuche der sozialdemokratischen Fraktion bei den zuständigen Ressorts in persönlichen Besprechungen Aufforderung zu erhalten. Erst der die Regierung überreichende Beifall im Haushaltsausschuss hat Klarheit in diese Angelegenheit gebracht. Erst dieser Zufall hat uns in die Bode verlegt, überhaupt Auskunft über dieses Vorgehen der Regierung zu erlangen und nachzuprüfen, was mit den Geldern der Steuerzahler geschehen ist. Das ist doch wahrhaft beschämend für das deutsche Parlament, für das Ansehen Deutschlands im Ausland! (Lebhafte Zustimmung links.) Im deutschen Volk hat dieses Verhalten der Regierung große Erregung und Empörung hervorgerufen. Es hat nicht erst des Grubenunglücks in Westfalen bedurft, um dort eine Erbitterung zu erzeugen, die das Schlimmste befürchten läßt, wenn nicht eine weise Staatskunst vorbeugend eingreift. Man hat den Eindruck, als ob bemüht bis in die letzten Wochen hinein die Vorgeschichte dieser Entschädigungszahlung verheimlicht worden ist. Doch die Rüge dieser Entschädigung für Geheimhaltung sind, nehme ich ihnen nicht übel. Daß die Regierung das aber mitgeteilt hat, dafür haben wir keinerlei Verständnis. Wie erklärt es sich, daß die Reichsregierung einen Brief des Deutschen Bergarbeiterverbandes vom 17. Oktober 1924, der rein sachlich Aufforderung erbat und die Abgrenzung der Arbeiterorganisationen als begünstigende Instanz wünschte, erst nach drei Monaten, am 13. Januar 1925, beantwortet worden ist? (Stürmische Zustimmung links.) Die Denkschrift, die uns nach diesen Wochen schwerer Arbeit von der Regierung vorgelegt worden ist, gibt auf viele Fragen keine Antwort, und ich verstehe es vollkommen, wenn die „Germania“ in der ersten Betrachtung der Denkschrift das bittere Wort ausgesprochen hat: „Eine schlechte Sache hat einen schlechten Verteidiger gefunden.“ Die Denkschrift ist unzureichend und lüdenhaft. Sie enthält eine ganze Reihe von wichtigen Dokumenten nicht, die entscheidend sind für die Beurteilung der Frage vor allem nicht die Rabinetschlässe, auf die sich die Regierung in ihrer unterirdischen Propaganda vor Eröffnen der Denkschrift gestützt hat. Der Briefwechsel Stinnes-Stresemann ist unvollständig wiedergegeben.

Das Ruhrkampfes, die wahrscheinlich noch mehr Interesse haben werden als die 700 Millionen.

Und bei der Bedeutung, die die Regierung dem unbekanntem Gutachten zweier Juristen für ihre Handlungen beimißt, nimmt es außerordentlich wunder, daß sie auch diese beiden Gutachten nur als interne Aktenstücke behandelt.

Der Grundlag der Entschädigung für Ruhestillungen und tatsächliche Schäden ist nie von einem ernsthaften Menschen festgestellt worden und es ist nur ein Abfertigungsmanöver, wenn in den vergangenen Wochen (sogar davon die Rede war, daß auch Sozialdemokraten dieses Prinzip anerkannt haben. Gerade mit Sozialdemokraten haben nie den Standpunkt vertreten, daß ein Unternehmer oder eine Unternehmerrunde oder ein Bezirk die Lasten tragen soll, die auf ganz Deutschland ruhen. Im Gegenteil! Gerade wir waren es ja, die den Gedanken, das Rheinland zu einer Reparationsprovinz zu machen, auf das allerentschiedenste bekämpft haben. Die Haltung der damaligen sozialdemokratischen Reichsminister ist nach jeder Richtung hin einwandfrei gewesen. Wir Frauen uns schämen zu können, daß wir in so schwierigen Zeiten wie der damaligen, so viel Klarheit in den Handlungen unserer Minister feststellen können.

Die Breiße der Schwerindustrie hat auch die Un-

wahrheit behauptet, der damalige Finanzminister Dr. Hilferding

sei für diese Entschädigung verantwortlich. Ich glaube nicht zuviel von der Reichsregierung zu erwarten, wenn ich annehme, daß der Herr Reichskanzler seinem Vorgänger gegenüber förmlich Objektivität an den Tag legen wird, daß er der Wahrheit auch von dieser Stelle aus die Ehre gibt. Dr. Hilferding ist am 2. Oktober begonnen. (Reichskanzler Dr. Luther: Sehr richtig! das tober begonnen. (Reichskanzler Dr. Luther: Sehr richtig! das weiß ja jeder!) Über die Organe des Herrn Dr. Stresemann und der Schwerindustrie haben das nicht gewählt. In den ersten Tagen hat auch die „Zeit“ behauptet, die sozialdemokratischen Minister seien für diese Zahlungen verantwortlich.

Dr. Hilferding ist als Finanzminister gestürzt worden, gerade von der Schwerindustrie, gerade weil er schon damals für wertbeständige Kredite eintrat.

Wofür wir ihm auch heute noch ausdrücklich unseren Dank aussprechen. Wie in dieser Sache die Wahrheit bisher vergewaltigt worden ist, das geht auch aus dem Briefwechsel zwischen Herrn Stresemann und Sinnes hervor. In einem Brief ist die Antwort Stresemanns enthalten, daß die Regierung seine Forderungen auf Ertrag der Reparationszahlungen nicht erfüllen könne. Am 20. Oktober hat das Kabinett sich auch auf diesen Standpunkt gestellt, Herr Sinnes hatte am 20. Oktober Herrn Stresemann vorgeschlagen, den Wert der Lieferungen in Anleihe zu zahlen und auch die Steuern darauf anzurechnen. Darauf ist dann die ablehnende Antwort Stresemanns erfolgt. Es geht aus ihr hervor, daß das Kabinett nicht entschieden hat, er sagt darin auch nichts von späterer Inerkenntnis der Forderungen. Ausdrücklich heißt es dort, daß keine Garantie für spätere Zahlungen geleistet werden könne. Warum ist dieser Brief der Denkschrift nicht eingefügt worden? Glaubt man, daß Herr Stresemann am 28. Oktober anders geschrieben hat, als das Kabinett am 20. Oktober beschlossen hat? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Am 1. November hat Herr Stresemann weiter ausgeführt, daß vor der Ordnung der Reichsfinanzen es ausgeschlossen sei, daß ein Ertrag der Ruhrschäden in Frage kommen könne. Hat die damalige Regierung daran gedacht, daß in wenigen Monaten sowohl Ordnung geschaffen werden könnte, daß sie dann Hunderte von Millionen auszahlen könnte? Nein, sie hat ja damals selbst vor einer Märchenstimmung gewarnt. Sie hat darauf aufmerksam gemacht, daß noch nicht abzusehen wäre, ob und wann die Reichsfinanzen wieder in Ordnung sein würden. Sie konnte damals nur der Meinung sein, die Herr Sinnes zum Ausdruck gebracht hat, als er die Aussichten auf spätere Zahlungen als Monatswechsel bezelauerte. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich will Herrn Stresemann aber auch an die Rede erinnern, die er im Reichstag vom 22. November gehalten hat. Damals hat er zum erstenmal von den Abmachungen Kenntnis gegeben. Er führte ausdrücklich aus, daß nur nach Sanierung der Finanzen eine Entschädigung in Frage kommen könne, aber auch dann sollte nur die Steuer angerechnet werden. Deutlich ist die Regierung auf der Suche nach Mitschuldigen, das läßt aber nur erkennen, daß sie inzwischen zur Einsicht ihres Unrechts gekommen ist und sie nunmehr versucht, die Verantwortung auf andere abzuwälzen. Gegenüber der Erklärung der früheren Minister Solmann und Robert Schmidt, daß sie bei der Sitzung des Kabinetts vom 31. Oktober 1922 ausgeschaltet worden seien, erklärt die Regierung, daß das nach dem Beschäftigungsbereich gewesen sei. Wie will sie das in Übereinstimmung bringen, daß auch nach der amtlichen Denkschrift das Wiederaufbauministerium, dem der Sozialdemokrat Robert Schmidt vorstand, vorher wie nachher vollständig zuständig gewesen ist? Am 3. November hat Herr Stresemann an die Sechskommmission geschrieben, daß er die Verhandlungen, bei denen die Regierung durch das Wiederaufbauministerium vertreten sei, anerkenne.

Ich das Wiederaufbauministerium bei den Verhandlungen über die Ruhrrentschädigungen deswegen ausgeschaltet worden, weil der Sozialdemokrat Robert Schmidt an seiner Spitze stand?

(Stürmische Unterbrechungen von links.) Ob diese Ausschaltung auf einen Zufall beruht, das hat die Regierung noch klarzustellen.

Ich stelle zusammenfassend fest, daß die Sozialdemokraten für die ungeheuren Ausgaben nicht verant-

wortlich sind, und was wir auch sonst noch an diesen Dingen zu bemängeln haben, so erwarten wir, daß die Regierung von dieser Stelle aus die Sachlage richtigstellt, nachdem die ihr nahe stehenden Kreise in dieser Weise gegen die früheren Minister Solmann und Robert Schmidt vorgegangen sind.

Der Redner verweist auf eine Reihe Äußerungen der rechtsstehenden Presse, wie der „Kreuz-Zeitung“, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, wo damals ausdrücklich gesagt worden ist, daß das Reich niemals in der Lage sein werde, den Schaden durch das Ricum-Abkommen wieder zu ersetzen. Nun behauptet die Regierung, daß sie im Rahmen ihrer Befugnisse gehandelt habe. In der ersten Note, die der Denkschrift beigelegt ist, wird gesagt, daß die Reparationslieferungen jeder Rechtsgrundlage entbehren. Die Regierung hat den Verwaltungsweg benützt, um die Zahlungen den Industriellen zuzuleiten. Sie gibt zu, daß eine gesetzliche Grundlage dafür nicht vorhanden sei. Wäre es nicht Pflicht der Regierung gewesen, diese gesetzliche Grundlage zu schaffen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hätte sie nicht schon in den gleichen Tagen, wo sie die Abmachungen traf, wo sie den Industriellen die Zahlungen zusicherte, die Schritte einleiten müssen, um die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen? Noch niemals ist von der Regierung so gehandelt worden, wie in dieser Angelegenheit.

Wird sie morgen die Aufwertungsgläubiger ebenso entschädigen? Wird sie die Inflationsgeschädigten in gleicher Weise behandeln?

Wie steht es nun mit der staatsrechtlichen Frage? Selbst wenn die Regierung der Meinung gewesen wäre, sie habe rechtsverbindliche Handlungen ausgeführt, so bin ich als Jurist doch der Ansicht, daß die Briefe des Herrn Stresemann niemals das Gesetz erlassen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung muß dem Reichstag ihre Vorlagen unterbreiten, wenn ihre Handlungen Gesetzeskraft erhalten sollen. Sie hat sich in dem Rahmen ihrer Befugnisse zu halten und auf die Verwaltung zu beschränken. Nun beruft sich die Regierung auf § 33 der Haushaltsordnung. Der Reichskanzler, der doch früher Reichsfinanzminister war, hat vielleicht diese Haushaltsordnung mitgeschaffen. Es scheint aber, daß er sich ihrer Bestimmungen später nicht mehr erinnert hat. Die Regierung nennt in der Denkschrift zwei Punkte als Voraussetzung für die Leistung der Zahlungen. Der erste Punkt sei die Befriedigung eines unabweisbaren Bedürfnisses, der zweite Punkt sei der Ausnahmefall, in dem das geschehe. Wenn die Regierung diesen Artikel so weitherzig auslegt, wie sie es jetzt getan hat, dann können wir allerdings unsere Arbeiten einstellen. Doch Ihnen (nach rechts) und der Schwerindustrie lieber wäre, wenn Sie und die Schwerindustrie allein über die Steuergelder verfügen könnten, die von den anderen aufgebracht werden, so glaube ich das schon. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

In dem § 33 Abs. 1 steht aber noch mehr. Es heißt dort, daß für pflichtig auftretende Fälle, für nicht vorherzusehende Bedürfnisse und nur für einzelne Mehrausgaben über den Rahmen des gesamten Reichshaushaltsplanes Zahlungen geleistet werden dürften. Nur unter Zustimmung des Reichsfinanzministeriums, nur wenn ein unabweisbares Bedürfnis vorliegt und ein Nachtragsetat nicht abgemartet werden könne, dürfe das geschehen. Dieser § 33 enthält ein Dutzend Voraussetzungen, mindestens 10 davon hat die Regierung nicht innegehalten. Die Zahlungen sind schon seit Oktober 1923 geleistet worden, in den seitdem verstrichenen 14 Monaten sind zwei ordentliche Etats vorgelegt worden. Duzende von Nachtragsetats hätten unterbreitet werden können. Aber kein Wort hat die Regierung von ihren Zahlungen an die Industriellen erwähnt. Die Voraussetzungen des § 33 sind also nicht gegeben. Wenn aber auch das noch nicht entscheidend sein sollte, warum hat die Regierung dem Reichstag und während der Verlegung nichts dem Ueberwachungsausschuß davon gesagt? Es fällt mir schwer, ein Urteil über diese Handlungsweise der Regierung auszusprechen.

Ich kann sie aber nicht anders nennen, als geschlos und geschwidrig. (Stürmischer Beifall h. d. Soz.) Ich muß feststellen, daß diese Handlungsweise der Regierung dem Staatsganzem außerordentlich abträglich ist.

Warum hat sich der Reichskohlenrat mit dieser Angelegenheit

nicht beschäftigt? Warum hat man nicht dieses Organ um sein Urteil gefragt, das nicht nur sachverständig ist, sondern in dem hoch auch die Unternehmerinteressen vertreten werden können? Gerade zur Beratung dieser Fragen ist doch der Reichskohlenrat entscheidend eingesetzt worden.

Nun zur Höhe der geleisteten Zahlungen. In der Pariser Finanzkonferenz sind die Leistungen mit 575,4 Millionen berechnet worden, aber sie sollten nicht unter die Leistungen fallen, für die Entschädigung zu zahlen wäre. Die Regierung bestreitet, daß sie Entschädigungen für entgangene Gewinne gezahlt habe. Die Denkschrift der Regierung ist so abgefaßt, daß die Nachprüfung der Behauptungen der Regierung leicht gemacht wird. Es ist den Industriellen 18,43 Mr. für die Tonne gezahlt worden. Nach den Angaben der Ruhrzechen beträgt aber der Preis 13,78 Mr. plus Abschreibungen, zusammen 15,50 Mr. Ab 1. Oktober ist der Preis auf 16,95 Mr. festgesetzt worden, also wesentlich niedriger, als die Regierung gezahlt hat. Sie brauchen nur den „Vorwärts“ nachzulesen, um diese Ziffern zu finden. Ihren Herren sind sie bekannt, kein Sachverständiger kann daran etwas deuteln. Schon in dem Kohlenüberpreis sind 60 Millionen gezahlt worden, dazu kommt der Erlaß von Steuern und die Nachzahlungen für beschlagnahmte Kohlen, die mindestens 55 Millionen Mark ausmachen. Wenn man sagt, daß diese Kohlen doch produziert worden sind, so muß man sich doch daran erinnern, daß sie in der Zeit der Besetzung und mit Papiermark-Selbstkosten produziert worden sind. Ich kann hier nur Stichproben geben. Wir behalten uns vor, im Ausschuß alle Einzelheiten weiter zu prüfen.

Aber auch die Arbeiter haben einen großen Teil der Ricum-Lasten, für die die Industriellen Entschädigung erhalten haben, getragen.

Der Lohn der Arbeiter ist in den ersten vier Monaten von 1924 um 1,05 Mr. pro Schicht zu niedrig gewesen gegenüber dem Vorkriegsstand. Die Arbeiter hatten in diesen Monaten einen Ausfall von etwa 45 Millionen Mark. (Hört, hört! links.) In den nächsten Monaten waren die Löhne noch niedriger, die Arbeitszeit wurde verlängert, die Leistungen sind um ein Fünftel gesunken — das alles, weil die Arbeiter unter dem Zwang der Annahme gehalten wurden, sie arbeiteten für das Reich, nicht für die Kohlenindustriellen, sie erleichterten dem Reich die Abtragung der Ricum-Lasten. Wie stark diese Meinung von den Unternehmern verbreitet und wie sehr dieses falsche Argument bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Ruhrgebiet eine Rolle gespielt haben, zeigt ein (vom Redner wörtlich vorgelesen) Zitat, wonach die Industriellen 1 1/2 Milliarden für Reparationslasten aufgebracht haben; oh, wie und wann das den Werken vom Reich ersetzt wird, steht dahin, die Aussicht darauf dürfte bei der derzeitigen Finanzlage des Reichs, wie bei den Schwierigkeiten der Bilanzierung des Reichshaushalts nach Annahme des Dawes-Plans nicht allzu günstig sein; die Werke sind heute und in Zukunft auf sich selbst angewiesen, was sie geleistet haben, kommt dem gesamten deutschen Volk zugute. Und dieses Zitat ist entnommen der Streiflichter der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gegen den Achtstundentag, erschienen Ende Juli 1924! (Stürmischer Hört, hört! links.) Die Unwahrheit geht noch viel weiter. Da wird gesagt, die behauptete Besserung der Lage im Bergbau dürfte noch sehr problematisch sein. „Er habe nicht minder schwere Zeiten durchgemacht; der Fortfall der Ricum-Lasten und die bisher nur versprochenen Entschädigungen durch das Reich würden zur Abdeckung der dringendsten Schulden dienen.“

Die bisher nur versprochenen Entschädigungen mußten dazu herhalten, um den Kampf gegen den Achtstundentag im Bergbau zu stärken!

Dies Zitat stammt aus der „Deutschen Bergwerkszeitung“ und ist erschienen am 28. Januar, einen Tag, bevor man durch den Vorstoß der sozialdemokratischen Fraktion erfahren hat, daß alle Beiträge bereits ausgezahlt sind. Wider besseres Wissen hat man dieses Argument der versprochenen Entschädigungszahlungen, obwohl alles schon bezahlt war, benutzt, um die berechtigten Forderungen der

Hengstschau in Oldenburg.

Von J. Ritzke.

Oldenburg ist das klassische Land der Hengste, der richtigen Kaffehengste. Schon in der alten Nationalhymne, die jedes Schulkind auswendig kennen muß, ward das edle Roh dem Schutze Gottes anvertraut. Eine wirtschaftliche Fürbitte, die gar mancherlei besagen will. Die Sensation eines jeden Spätwinters aber ist für den Oldenburgischen Hengstzüchter die große Rörung, die alljährlich im Februar in der Stadt Oldenburg, der früheren Residenz, vor sich geht. Von nah und fern kommen dann die Hengste und ihre Besitzer zur großen Heerschau. Selbstbewußt und festlich aufgebauert, so wie sich das an solchem Ehrentage für Tier und Mensch ziemt.

Gehört es doch um große Dinge, um die amtliche Bestallung, um das Patent, den behördlichen Ausweis, daß der treugehütete Hengst zu idealer Leistung fähig ist. Wo drängt man sich mit seinen Säulen scharf heran an die amtliche Gutachterkommission. Hunderte von Hengsten stehen und warten an solchen Tagen des obrigkeitlichen Sach- und Nachspruchs, und mit ihnen warten die Bauern und nächst den Bauern die Käufer. Aus den verschiedensten Teilen des Reichs und dem benachbarten Ausland kommen die letzteren, beschauen die Tiere, erkundigen sich nach Leumund, Name, Art und Stammbaum und schielen nach dem Rörungspatent. Denn: was man (schwarz) auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen.

Am diesem Jahr war der Aufmarsch der Hengste besonders imponant. Nur zweimal ist in langen Jahren Ähnliches dagewesen. Straßenweise wurden für den Transport besondere Viehzüge eingeleitet. Auch der frühere Großherzog und der gegenwärtige Erbgroßherzog waren zur Stelle.

Dieser Tatsache waren auch die in dichten Scharen angetommenen Hengste voll und ganz bewußt. Die Straßen Oldenburgs hallten tagelang wieder von herausfordernd ausgeföhrenem Pferdegewieher, und mancher kleine Laublandpächter pries sich glücklich, wenn er auf seiner Müllschuppe einige der heißdampfenden Abfallgütern nach Hause bringen konnte. Wertvoller Dünger für das hübsche Ackerland, zumindest für den Blumenkasten. Großmütig gestatten die Bauern diese Amelktion. Einige Hengste ließen sich in Folge ungünstiger Zufälle in letzter Minute „hierfürlich“ entschuldigen. Fast alle der Gefommenen prunkten mit großen Namen; man begegnete „Ezzenzen“, „Generalmajoren“ und „Katscherrn“. Was wiegt dagegen das Parlament, der Landtag, dessen diesmaligen Zusammentritt man der viel wichtigeren Hengstförung wegen hinausgeschoben hat!

Vor, während und nach der amtlichen Begutachtung, Brämierung und Patentierung entwickelte sich ein schaumhafter Handel. Holländische, schwedische und dänische Interessenten boten neben deutschen Kaufleuten ihre Summen. Preise bis zu fünfhunderttausend Mark für einen hoffnungsvollen Nachkommenchaft ver-

schreckenden Hengst wurden an den Mann gebracht. Im Zeitalter der Rentenmark und des großstädtischen Hungerelends eine geradezu phantastische Summe. — Dennoch mußte ein Solalblat mitzutellen, daß man „aus steuerlichen Gründen“ sich scheue, die erzielten hohen Preise zu nennen!

Leben und leben lassen ist während der Hengstförungsmoche des Oldenburgischen Bauern Losung. Wer was verdienen will, der macht sich daher bemerkbar, hängt sein Schild heraus, denn dem Pferdebauern sitzt an solchem Tage das Geld lose im Beutel. Und sie drängen sich auch ohne allzuviel Aufforderung. Der Gastwirt, der Warenhändler, die weiblichen Festgenossen. Sie alle wollen leben, wollen verdienen. Ist doch nicht alle Tage Hengstschau in Oldenburg!

Frühlingsvorboten. Ob der Winter vorbei ist, ob er sein Feld dem Frühling räumt? Es weiß keiner, und doch hoffen es so viele. Es hoffen alle die auf einen baldigen schönen Frühling, denn der Winter so wenig Annehmlichkeiten bringt. Jede kleine Veränderung, womit der Frühling sich ankündigt, macht sie glücklich, stimmt sie hoffnungsvoll.

Des Morgens, wenn die Menschen an die Arbeit gehen, ist es noch dunkel, es regnet, ist unfreudlich und trübe, der Himmel grau und düster. Aber die Luft ist lau und die Winde sind so frühlingshaft jung und stürmisch, daß man sich wieder mit der Dürstigkeit ausföhnt. Jeder hofft — — Der Frühling liegt in der Luft!

Am Tage ist auch alles grau in grau. Nur manchmal, wenn die milden Winde die Wolken zerreißen, zeigt sich ein klarer, blauer Himmel und für einen Augenblick blinzelt durch den Wolkenspalt dann die Sonne und taucht alles in ihre wohlwollende Helle. Die Menschen bekommen frohere Gesichter, sie empfinden die Sonne als Spenderin. Die Wolken gönnen uns nicht lange diese Freude. Schon haben sie sich wieder mit ihrer schweren Undurchsichtigkeit vor die Sonne geschoben. Diese Dunkelheit macht aber nicht mißmutig, denn jeden Augenblick kann ja der Himmel anfangen zu blauen und die Sonne strahlen. Diese Hoffnung läßt alles leichter ertragen. H. W.

Das Verbot der deutschen Sprache in Amerika für ungeschichtlich erklärt. Vor einigen Tagen fand in New York eine bemerkenswerte Gerichtsverhandlung über die Frage statt, ob das Verbot der deutschen Sprache rechtskräftig sei oder nicht. Die Großloge der Freimaurer in New Jersey hatte zur Kriegszeit einen Beschluß gefaßt, daß die Versammlungen der Freimaurer nur in englischer Sprache abgehalten werden dürften, und daß insbesondere die deutsche Sprache verboten sei. Die „Schillerloge“ gehörte während des Krieges diesem Beschluß, nahm aber dann die Benutzung der deutschen Sprache wieder auf. Die Großloge hatte nun daraufhin den Ausschluß der Schillerloge verfügt und dessen gesamtes Vermögen beschlagnahmt. Die erste Loge der Schillerloge auf Aufhebung dieser Verfügung wurde vom Gericht abgewiesen. Der Vorsitzende der Berufungsinanz aber hob dieses Urteil auf, indem er erklärte, daß die Amerikaner ihren Patriotismus durch Herz, Geist und Seele betätigen sollten, aber nicht durch das Verbot einer Sprache, in der die „Adoptivöhne der Welt“ Goethe, Jean Paul, Schiller, Hegel, Kant, Mozart, Händel, Wagner und Strauß ausschließlich gesprochen

und geschrieben hätten. Die höchsten amerikanischen Erziehungsanstalten einschließlich der Volksschulen sind, wenn sie nicht von der Kriegsstillheit durchgerüttelt wurden, gleichsam geistige Kinder der deutschen Sprache. Außerdem haben hervorragende Deutsche im Jahre 1865 unter Führung von Karl Schurz, Siegel und Heinkelmann für die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten die Waffe geführt, wobei sie auch nicht zum geringsten Teil von dem Wunsch geleitet wurden, trotzdem ihre deutsche Sprache in Ehren zu halten, denn es wurden von ihnen allerlei Gesellschaften zur Pflege der deutschen Sprache, Musik und Geselligkeit gegründet. Eine jener Organisationen ist die Schillerloge, welche, wie der Richter weiter ausführte, die Bestimmung hat, alle ihre Angelegenheiten in deutscher Sprache zu führen. 50 Jahre lang hat diese Loge ihren Grundstoß befolgt und ist nur während des Krieges für kurze Zeit davon abgegangen. Man kann ihr jetzt nicht verbieten, die deutsche Sprache zu gebrauchen, denn das wäre nicht nur ein Verbrechen gegen den Geist, sondern auch gegen die Gesezte.

Der streikende Schah. Der Schah von Persien ist nun schon seit dem November 1923 nicht in seinem Reich, sondern lebt an der Riviera und in Paris. Seine ständige Abwesenheit hat unter seinen Untertanen viel böses Blut gemacht, und es war bereits nahe daran, daß man ihn abgesetzt hätte. Nur das Eingreifen der Geistlichkeit brachte es dahin, daß sein Bruder als Regent eingesetzt wurde. Der eigentliche Herrscher Persiens, der an Stelle des streikenden Schahs regiert, ist aber der Premierminister, der Sir Dar Sepah, der auf eine romantische Laufbahn zurückblickt. Er war zunächst einfacher Soldat in einer persischen Koloniendivision, brachte es dann zum Offizier und unternahm 1923 einen Staatsstreich, durch den er das Kabinett stürzte. Er machte sich darauf selbst zum Premierminister und arbeitet ganz öffentlich darauf hin, Persien zu einer Republik zu machen, an deren Spitze er als Präsident steht. Kürzlich hat er dem Parlament ein Ultimatum gestellt, in dem er verlangte, daß man zwischen ihm und dem Schah wählen solle. Die Wahl kann den Abgeordneten nicht schwer gemacht werden, da der Sir dar als Oberbefehlshaber des persischen Heeres die ganze Macht besitzt. Man hat daher jetzt ein Gesetz angenommen, das die Befugnisse des Premierministers außerordentlich erweitert und bestimmt, daß der Sir dar ohne Zustimmung des Parlaments nicht abgesetzt werden kann.

Vorträge. Der Vortrag von Dr. Thomalla über Ökonomie und Enzyklopaedie mit Nebenveranstaltungen, der am Freitag in der Urania stattfand, wird Sonntag 6/11, 11/11 und 12/11 wiederholt. — Sonnabend hält Prof. Reichel den 5. öffentlichen Vortrag der Akademie der Wissenschaften über „Die Entwicklungsgeschichte und die vergleichende Anatomie des Wirbeltierorgans“, im Anatomisch-biologischen Institut, Luisenpark.

Der zweite Dichtertag des Bundes Deutscher Erzähler findet am Sonntag 7/11, 11/11 im Wienerlokal des Reichstages statt. Walter von Wolke liest aus seinem „Schiller“ und „Arbiter“, ferner aus neueren Beiträgen. Die begründenden Worte spricht Georg Engel.

Am 60. Geburtstag von Soen Heida hält Prof. Georg Wegener am Sonntag in der Urania einen Vortrag mit Lichtbildern über das Thema: „Event Heida. Der Mann und das Werk“.

Ein neuer Leiter der Bundesoper? Es gibt in Deutschland wohl keine größere Oper, wo nicht der Name des Unberühmbaren Riemerer einzufließen wäre. Jetzt kommt auch hier ein an die Reihe. Nach der „Zeit.“ soll er für die Bundesoper in Aussicht genommen sein. Sie ist übrigens zurzeit wegen eines Ausfluges der Bundesopermitglieder geschlossen.

Bergarbeiter abzulehnen. Es wäre Pflicht der Reichsregierung gewesen, dem nachzugehen, wie die Lage im Bergbau nach Auszahlung der Entschädigungen ist, aber nicht das Verlangen des Bergarbeiterverbandes, an der Aktion beteiligt zu sein, drei Monate lang unbeantwortet zu lassen.

Die Denkschrift sagt, die Regierung hätte sich in einer Zwangslage befunden. Sie hat soviel Geld gehabt, die Kasse war so kassig, daß sie bezahlen mußte. Ich weiß nicht, ob außer dem Verfasser der Denkschrift jemand diese Meinung teilt. Ich jedenfalls kann nicht finden, daß die Befreiung der Reichsfinanzen eine Berechtigung gewesen ist, nun auch ohne gesetzliche Ermächtigung, ohne Nachprüfung der Forderungen, ohne Kontrolle der Schadenhöhe und der Verwendung des Geldes solche Beträge auszusuchen. Ich kann mir das um so weniger denken, als etwa in der Zeit, in der die Regierung sich zu diesem Entschluß aufgerollt hat führende Finanzmänner über die Verhältnisse des Reiches ganz entgegengelegte Ansichten waren. Dr. von Schlieben und Dr. Luther haben am 24. September im Aufwertungsausschuß des Reichstages erklärt, welche ungeheure Schwierigkeiten einer Aufwertung gegenüberstehen. Herr Luther hat damals erklärt: die Verzinsung der Kriegsanleihen ist eine unmögliche Vorstellung, man muß das mit allen Mitteln einer vernünftigen Unterredungslust bekämpfen. Und hat seine Rede damit geschlossen.

daß unter das Aufwertungsproblem endlich ein Strich gemacht werden müsse.

Herr von Schlieben als Entreferent, also als der bestinformierte Finanzmann der Regierung, hat die Aufwertung der Kriegsanleihen als absolut unmöglich erklärt und hat das zehnenmäßig befristigt. Er hat auch erwähnt, welche künftigen Verpflichtungen dem Reich noch bevorstehen. Und darunter hat er auch einhundert Millionen für die Ruhrschäden genannt. (Hört, hört! links.)

Was ist seitdem eingetreten, um Herrn v. Schlieben zu überzeugen, daß statt 100 700 Millionen ausbezahlt werden könnten und müßten?

Ich wehre mich gegen die Auffassung, als ob damals v. Schlieben nur so geredet hätte, um die Schwierigkeiten der Aufwertung noch größer erscheinen zu lassen, denn ich kann nicht annehmen, daß ein Minister, dem die Deutschnationalen, also die Aufwertungspartheien ihr Vertrauen aussprechen, ein Gegner der Aufwertung ist und sich dabei so — eigentümlicher Mittel bedient. Es wäre ebenso untraglich wie die geschlossenen Ausgaben selbst, wenn die Reichsregierung sich zu einer neuen Methode einschließen würde, dem Reichstag falsche und irreführende Angaben zu unterbreiten. (Sturm. Zustimmung links.) An den Reichskanzler aber möchte ich die Mahnung richten, doch unter Umständen bei der Ministerernennung zu bedenken, ob nicht der Sprung vom Ministerialdirektor zum Minister auch mit gewissen Erschütterungen verbunden sein kann. (Große Heiterkeit.)

Die Regierung hat in ihrer Denkschrift auch eine Banje gedreht für das notleidende Ruhrkapital. Wir haben alles Mitleid mit diesen Herren. Wir bemitleiden sie darum, daß sie es über sich ergehen lassen mußten, ihr Aktienkapital und ihre Reserven in den letzten zehn Jahren um 40 Prozent erhöht zu sehen. Wir bemitleiden sie darum (ein Zeichenhorst rechts: Danke sehr!), daß sie nach den Angaben, die uns allerdings über das Ausland zugehen müssen, weiß wir im Innern nicht für so wertvoll gehalten werden, daß man uns selbst diese Mittelungen macht, die Leistungsfähigkeit des Ruhrbergbaus gegenüber der Vorkriegszeit um 33 Prozent gestiegen ist, die Produktionsmöglichkeit der Hochöfen um 30 Prozent und der Martinöfen sogar um 40 Prozent. Wir haben vor allem Mitleid mit Herrn Thyssen, der sich in Amerika Geld borgen muß, und der sein Vermögen, das vor dem Krieg 200 Millionen betrug, jetzt auf nur 500 Millionen an gibt.

Diese Herren verdienen wirklich die Fürsorge der Reichsregierung, die dem ganzen notleidenden Volk nicht zuteil werden kann. Ich möchte nicht unterlassen, der Reichsregierung ausdrücklich Dank auszusprechen, daß sie ihre wahre Gesinnung und ihre wahren Absichten in der Denkschrift so deutlich ausgesprochen hat.

In der Denkschrift steht nicht, was die Ruhrindustriellen außer den 700 Millionen noch erhalten haben.

Die sozialdemokratische Fraktion wird sich durch nichts abhalten lassen, im Untersuchungsausschuß auch darüber restlos Klarheit herbeizuführen. Wir werden dabei auf die Tatsache stoßen, daß der Bergbau an Lohngehaltern 316 Millionen, für Materialaufwand 250 Millionen, insgesamt 600 Millionen erhalten hat und außerdem die gewaltigen Kredite von der Reichsbank. Das ist das entscheidende Kapitel. Alles andere spielt eine untergeordnete Rolle, trotz seiner Größe. Außerordentlich beachtenswert ist die Tatsache, daß nachdem der Reichstag auf sozialdemokratischen Antrag die Wertbeständigkeit der Kredite durchgesetzt hatte, diese Kredite auf einmal nicht mehr in Anspruch genommen wurden, trotz steigender Not, weil man inzwischen andere Quellen erbeutet hatte, wo man sich auf das schönste bereichern, sein Kapital vermehren und das übrige Volk immer tiefer ins Elend bringen konnte.

Auch bei vorsichtiger Prüfung ist festzustellen, daß der Bergbau aus Ueberpreisen, Minderlöhnen, vermehrter Arbeitszeit und zu hohen Entschädigungsbeträgen mehr als 300 Millionen Goldmark erhalten hat. Auf den Ricum-Zechen sind 7000 Arbeiter und Angestellte um ihre Existenz gekommen, die Bergwerksgerichte lehnen jede Entschädigung ab und die Reichsregierung tut nichts, um diese 7000 Menschen, die für das Reich eingetreten sind und von denen viele nicht einmal Erwerbslosenunterstützung erhalten, vor dem nahen Bettel zu bewahren! (Hört, hört! links.)

Bei den neuen Steuervorlagen wird darüber zu reden sein, wie diese Zahlungen an die Industriellen aufgebracht worden sind. Das Steuersystem, das aus Lohn- und Verbrauchssteuern mehr als 50 Proz. des ganzen Reichshaushalts erzielt, kann nicht aufrecht erhalten werden, wenn man so gegen die Allgemeinheit sündigt.

Zu unserem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses stellen wir noch den Zusatzantrag, daß dieser Ausschuss das Recht haben soll, uninteressierte Sachverständige hinzuzuziehen, denn anders ist eine volle Klärung nicht zu erreichen. Mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses ist unsere Aufgabe nicht erledigt.

Wir verlangen bei der Finanzlage des Reichs, bei der Notlage des ganzen deutschen Volkes, daß diese Beträge zurückgegeben werden, und wir werden nicht ruhen, bis dieses Ziel erreicht ist.

(Beifall links, Sturm rechts.) Gerade von den Deutschnationalen hätte ich erwartet, daß sie dieser Forderung zustimmen werden, denn hier sind die Mittel, mit denen man aufwarten kann, ohne den Reichshaushalt und die Währung in Gefahr zu bringen. Hier ist die Möglichkeit, schweres Unrecht wieder gutzumachen! Was uns heute beschäftigt, ist nur ein Auschnitt aus dem Kapitel Ruhrhilfe, aber es ist eins der schlimmsten Kapitel der deut-

Poeges Vernehmung in Leipzig.

Widerrufe und Widersprüche.

BE. Leipzig, den 20. Februar 1925.

Im Tscheka-Prozess wurde heute in der Vernehmung des Angeklagten Poege fortgeführt, und zwar wurde zunächst die Eumordung des angeblichen Spießes Rausch erörtert. Poege bekennt, daß Neumann ihm eines Tages erzählt habe, im Norden Berlins wohne ein Spieß, der Beziehungen zur Abteilung IA habe. Er habe sich bereits mit ihm durch „Albert“, den jetzigen Angeklagten Mayer, in Verbindung gesetzt.

Vorf.: Was war denn dieser „Albert“, oder wie er richtig heißt, Mayer?

Poeg: Aus Erzählungen hörte ich, daß er der Waffenleiter von Berlin-Brandenburg, des militärischen Apparats der Partei war. Der Angeklagte Poege schildert dann weiter die aus der Vernehmung Neumanns schon bekannten Einzelheiten der Befehlsbefugnis mit jenem Rausch. Neumann hat mir nicht gesagt, daß es sich um eine Entledigung des Rausch handelte, sondern hatte mir nur die Prüfung der über Rausch gemachten Angaben übertragen.

Angek. Neumann: Das ist nicht richtig. Ich habe ihm mitgeteilt, daß ich den Auftrag hatte, Rausch zu erledigen und daß er sich von der Richtigkeit des Verdachtes überzeugen sollte.

Auf weitere Fragen erklärt der Angeklagte Poege, daß der Angeklagte Mayer von der Existenz einer bestimmten Organisation mit bestimmten Aufträgen nichts gewußt hätte, worauf der Vorsitzende ihm entgegenhält, daß er in der Voruntersuchung das Gegenteil ausgesagt habe.

Poeg: bekennt weiter, Rausch habe ihm u. a. mitgeteilt, er habe beim Rapport bei der Abteilung IA gehört, daß Beamte nach Thüringen fahren sollten, um Waffenslager aufzuheben und um Pfaff zu verhaften. Weiter habe Rausch ihn gefragt, ob er nicht die geheime Tinktur zur Entwicklung zweier mit Geheimtinte geschriebenen Briefe der Zentrals erhalten könne, die in die Hände der Abteilung IA gefallen seien. Auf Grund dieser Einzelheiten erstattete dann Poeg Bericht an Neumann, der darauf erklärt habe:

„Dann wird Rausch erledigt“.

Poeg erklärte hierzu selbst, daß er nach Lage der Dinge der Auffassung gewesen sei, daß Neumann mit erledigen „löten“ gemeint habe. Entgegen der Darstellung Neumanns behauptete nun Poeg, daß der Plan ursprünglich so gelautet habe, daß Poeg an

einer bestimmten Stelle in Südbende sich bücken und einen von Esen vorher dort hingelagerten Zettel aufheben sollte. Wenn dadurch die Aufmerksamkeit Rauschs abgelenkt würde, sollte Neumann ihn erschließen. Er, Poeg, habe den Plan aber absichtlich nicht eingehalten.

Neumann bleibt demgegenüber bei seiner Darstellung.

Poeg erklärt weiter, daß Rausch schließlich in Südbende miftrauisch geworden wäre. Er, Poeg, habe ihn jedoch beruhigt, es werde ihm nichts passieren, solange er bei ihm sei.

Als dann der Angeklagte Poeg weiter bekennt, daß Neumann, der sich kurz vorher einen neuen Armeedolch gekauft habe, in einem Café am Potsdamer Platz die Absicht geduldet habe, Rausch auf der Toilette des Cafés zu erstechen, springt Neumann sehr erregt auf: „Das ist nicht wahr. Aber ich bitte, Poeg die Frage vorzulegen, ob er nicht nach der Rückkehr von Südbende zu mir gesagt hat: „Wie ich dich so habe schwanken sehen, da ist mit selbst der Gedanke gekommen, Rausch über den Hauken zu schießen, ich wollte dir nur nicht vortreten.“

Poeg: Das ist nicht richtig.

Als Poeg dann auf das erstmalige Scheitern des Planes, Rausch in seiner Wohnung zu erschließen, zu sprechen kommt, bekennt er u. a., er habe beim Verlassen der Rauschschen Wohnung Neumann erklärt, daß er trotz seiner Abneigung gegen Rausch nicht mitmachen wolle, denn er möchte nicht wegen Entledigung eines Spießes ins Zuchthaus wandern. Neumann habe ihm aber erklärt: „Geh weg mit deinen Sentimentalitäten. Ich habe hier meine Befehle auszuführen und verlange von euch dasselbe.“

Vorf.: Neumann, ist das richtig?

Neumann (mit lauter Stimme): Nein, das ist nicht richtig.

Poeg schildert darauf das Attentat auf Rausch und fährt fort: Dann konnten wir beide zum Auto und als wir drin saßen, umarmte mich Neumann und meinte: „So, der sagt nichts mehr.“ Mir später zu Fuß weitergegangen, sagte er auch noch: „So, jetzt kann ich vor die Herrschaften hintreten und sagen: Bitte schon, jetzt gibt es keine Schwierigkeiten mehr in finanzieller Beziehung.“

Vorf.: Sie haben früher noch eine Unterhaltung zwischen Margies und Neumann geschildert, wobei Neumann gesagt haben soll: „Wo ich hinschleife, da wächst kein Gras mehr.“

Poeg: Das ist alles un wahr. Diese Anschuldigungen habe ich aus Haß gegen Neumann gemacht.

Vorf.: Wie kann man aber so niederträchtig sein.

chen Geschichte. Der Abbruch des passiven Widerstandes wurde angekündigt mit dem Versuch von Hugo Stinnes u. m., den General Degoutte mit seiner Armee zum Kampf gegen die deutschen Arbeiter zu gewinnen. Das war der erste Akt. Der letzte Akt aber richtet sich nicht nur gegen die Arbeiter und Angestellten, diese Entschädigungszahlungen richten sich gegen das ganze deutsche Volk. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links.)

Ein gemeinsamer Antrag der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Rationalsozialisten will den sozialdemokratischen Antrag dahin ändern, daß der Untersuchungsausschuß feststellen soll, ob diese Ruhrgebeir wirklich gefällig ausgezahlt seien und daher eine Rückerstattungspflicht vorliege. (Wachen links.)

Abg. Dr. Cremer (D.D.P.) gibt im Namen dieser Parteien eine Erklärung ab, die die Auszahlung der 700 Millionen als unbedingt notwendig zur Verhütung einer Massenarbeitslosigkeit bezeichnet und sich im übrigen mit der Entbindung des Indemnitätszeichens zufrieden gibt. Es wird beantragt, Denkschrift nebst Indemnitätsvorlage dem Haushaltsausschuß zu überweisen.

Auch die Demokraten haben die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt.

Reichskanzler Dr. Luther

(mit Juristen der Bank empfangen): Es handelt sich bei den 700 Millionen um den Gesamtbetrag, der an Entschädigung im besetzten Gebiet gezahlt worden ist und zwar an viele tausend Geschädigte. Das Reich mußte den Bewohnern der besetzten Gebiete die gemachten weggewonnenen Leistungen ersetzen. Dr. Herz sagte, daß man niemals beabsichtigt habe, Rhein- und Ruhrland zu einer Reparationsprovinz zu machen. Mit dem Wort ist es aber nicht getan, wenn man das nicht will, muß man in dem Augenblick, wo man kann, auch das wiedererstaten, was dieses Land für die Gesamtheit des deutschen Volkes vorgelegt hat (andauernde Zwischenrufe links). Ueber die Frage der Gültigkeit der deutschen Leistungen auf Reparationskonto haben wir noch nicht den erwarteten Erfolg erreicht. Als der Hauptauschuß zu den materiellen Fragen kam, hat Finanzminister von Schlieben als erster Redner die Denkschrift angefündigt. (Lebhafte Rufe der Soz.: nach Empfang unseres Schreibens). Jetzt nachträglich lassen sich die Dinge leichter beurteilen als damals in der so kritischen Zeit.

Nur wenn man alle diese Dinge in organischen Zusammenhänge fäße, könne man die Handlungsweise der Regierung als berechtigt anerkennen. Der Reichstag sei damals in den Ferien gewesen, zeitweise war auch keine Regierung da, der Ueberwachungsaußschuß habe in einem ähnlichen Maße, bei der Erhöhung der Beamtengehälter, es abgelehnt, sich mit derartigen Angelegenheiten zu befassen. Das Reichsfinanzministerium sei immer bestrebt gewesen, auf gelegentlichem Wege seine Arbeiten zu erledigen und damit vor den Reichstag zu treten. Die Zahlungen an die Ruhrindustriellen seien erfolgt, um die Arbeit im Ruhrgebiet aufrecht zu erhalten. Nur durch diese Zahlungen sei es gelungen, das Ruhrgebiet beim Reich zu erhalten. In dem Augenblick, wo das deutsche Volk in stande gewesen sei, die Zahlungen zu leisten, hätten sie auch abgeführt werden müssen. Ueber die Höhe der Ausgaben werde die Regierung im Ausschuß jede Auskunft geben. Es seien nur Zahlungen geleistet worden, die sowohl nach der juristischen wie nach der politischen Seite jeder Nachprüfung standhielten. Es sei eine Durchführung der öffentlichen Meinung, wenn man behauptet, daß die Zahlungen nur an einen Teil der Bevölkerung erfolgt seien. In Wirklichkeit seien sie dem gesamten Wirtschaftsgebiet zugeführt worden.

Vizepräsident Richter stellt dem Abg. Solfmann (Soz.) für seinen Zwischenruf, die Ruhrindustriellen haben die Arbeiter belegen und betrogen, einen Ordnungsruf. (H)

Darauf spricht die Abg. Frau Sohlte (Komm.), die die Ausschüttung des Reichstages rügt und dann ausgerechnet die Sozialdemokratie angreift!

(Schluß im Morgenblatt.)

Untersuchung der Kreditaffären.

Barmat und die kaiserliche Regierung.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages drehten sich die Vernehmungen auch heute noch um die ziemlich belanglose Frage, warum Barmat im Frühjahr 1919 ein dreimonatiges Dauervisum bekam und auf solche Weise den Schätzen der Notwendigkeit, bei jeder Reise ein einzelnes Visum zu verlangen, entgehen konnte. Vernommen wurde zunächst der Reichsminister a. D. Rosen, der zur fraglichen Zeit im Haag Gesandter war. Herr v. Rosen, der seinen Eid in weislicher Form leistete, bemühte sich insbesondere, den Widerspruch aufzuklären, der darin besteht, daß die Gesandtschaft schon in einem Bericht an den Reichskanzler v. Hertling Barmat als einen vorläufig bekannten Russen bezeichnete, dann aber doch wieder vor ihm gewornt hatte. Herr v. Rosen führt dies auf den Umstand zurück, daß Barmat einerseits politisch in einem Deutschland günstigen Sinne wirkte, andererseits nach dem bekannten Bericht des Generalkonsulats

als ein ziemlich gewissenloser Geschäftsmann bekannt war.

Als zweiter Zeuge wird der frühere Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Professor Wiedenfeld, vernommen, der vom April 1919 bis Sommer 1921 die wirtschaftliche Abteilung des Auswärtigen Amtes leitete. Der Zeuge erklärt, daß er im Amt den Namen Barmat nie gehört habe. Er habe weder einen Bericht des Generalkonsulats in Amsterdam noch einen Bericht der Bochumer Handelskammer in Sachen Barmat zu Gesicht bekommen.

Das Preußenkabinett Marx.

Vor der Abstimmung im Landtag.

Der Vizepräsident des Landtages beproh am Freitag vor der Vollziehung die Frage, welchem der eingewählten Vertrauensmännern die Priorität gewährt werden solle. Die Mehrheit entschied sich dahin, daß über den Billigungsantrag der Regierungsparteien zunächst abzustimmen ist.

Der Landtag trat heute um 11 Uhr 20 Minuten zusammen. Außerhalb der Tagesordnung legt Abg. Grzesinski (Soz.) Verwahrung ein gegen die Neuerung des Abg. Dr. von Campe (D.P.) über den nervösen Zusammenbruch des Abgeordneten Leinert, aus deren Anlaß die Sozialdemokraten am Donnerstag den Saal verlassen haben; die sozialdemokratische Fraktion erwidert, daß Herr v. Campe die Neuerung mit Bedauern zu rücken nehmen werde. (Wachen rechts; Juruf: Da könnt Ihr lange warten!)

Verschiedene Anträge der Deutschen Volkspartei werden der Ausschussberatung überwiesen.

Hierauf wird die

Beratung über die Regierungserklärung

fortgesetzt.

Abg. Winterich (Komm.) erklärt, daß die Vorberedungen der Regierungserklärung der notleidenden wertvollen Bevölkerung keine Hilfe bringen werden.

Abg. Riedel (Dem.) protestiert gegen die Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung“, daß für die Wimen und Waisen des letzten Unglücks glänzend gesorgt sei durch die ihnen zustehenden Rentenbezüge und erklärt, daß beim passiven Widerstand im Westen Hunderttausende ihr Leben aufs Spiel gesetzt hätten für die Interessen der Unternehmer. (Wachen rechts.) Jetzt freilich habe der Ruhr seine Schuldigkeit getan; die Ruhrmänner der vielen Ruhrmillionen hätten sie nicht mehr nötig. (Zurufe: Barmat!). Die Deutsche Volkspartei helfe der Reaktion und rechne auf die Mißhilfe der Kommunisten. (Wachen b. d. D.P.; Zuruf: Wie Sie im Reichstag!) Die letzte Rede erbringe den Beweis für die Erreichung der Altersgrenze bei Herrn v. Campe (Heiterkeit links). Es sei noch nicht lange her, daß die Deutsche Volkspartei erklärt habe, nichts wäre gefährlicher, als die Parole auszugeben: die Bürgerum, die Arbeiterchaft! Heute höre man es anders! Seiner Partei sei der Vorwurf der Verschleppung in der Regierungskrise gemacht worden; dabei trage doch gerade die Deutsche Volkspartei die Schuld. Nach rechts zu verhandeln, hätte für Herrn Marx nicht den geringsten Zweck gehabt, nachdem die Deutsche Volkspartei die Große Koalition abgelehnt und sich für den Block der Reaktion entschieden habe. (Hut hu! rechts.) Dabei hätten ihre neuen Verbündeten sich seinerzeit nicht gekümmert, ihren Außenminister als ehrlos zu bezeichnen! (Andalteses Wachen und Zurufe rechts.) Das Kabinett Marx habe immer eine Mehrheit. Daran ändere die Duzbrüderschaft mit den Kommunisten nichts.

Die „Kreuz-Zeitung“ habe Herrn Marx als einziger unerhöhte Prooatation des preußischen Volkes bezeichnet; er betrachte sein neues Amt nur als Durchgangsposten für die Reichspräsidentenschaft. Das sei unerhört. (Psi-Rufe beim Zentrum und links.)

Die Pariser Verhandlungen.

Vorläufiger Abbruch der Beratungen.

Paris, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die von den beiden Handelsvertragsdelegationen veröffentlichten Mitteilungen betätigen im vollen Umfang unsere Darstellung über den Abbruch der deutsch-französischen Verhandlungen. Die französische Delegation hat sich mit der freundschaftlichen Unterbrechung der Verhandlungen einverstanden erklärt, und zwar unter der Bedingung, daß der Endtermin für das Protokoll, für den ursprünglich der 4. Dezember 1923 in Aussicht genommen war, entsprechend hinausgeschoben wird, damit das provisorische Abkommen auf die Dauer von acht bis zehn Monaten Geltung hat.

Gewerkschaftsbewegung

Wie der Arbeitswilligenklub funktioniert.

Ein Arbeiter, der sich bei der Firma Franz Bentze, Maschinenbau-Gesellschaft G. m. b. H., Berlin N. 65, schriftlich um Arbeit bewirbt, erhält folgenden vom 19. Februar datierten Bescheid:

Wir erhalten Ihr Schreiben vom 18. d. M. Sie können die Arbeit morgen früh 7/8 Uhr bei uns aufnehmen. Ab 7/8 Uhr sind Polizeibeamte am Fabrikzugang, so daß dafür gesorgt ist, daß Sie die Arbeitsstätte ungestört betreten können. Ebenso wird durch Polizeibeamte dafür gesorgt, daß Sie bei Arbeitsluß die Arbeitsstätte unbehelligt verlassen können.

Hochachtungsvoll!

(902) Franz Bentze
Maschinenbau-Gesellschaft m. b. H.

Wo die Polizei ist, da ist irgend etwas nicht in Ordnung; erst recht in einem Betriebe. Da jeder ordentliche Arbeiter es als eine Befreiung ansieht, sich unter Polizeiaufsicht zu stellen, müßte der Arbeiter vertragen in einem so gefährlichen Betriebe zu arbeiten, in den und aus den man nur mit Polizeibegleitung gelangen kann. In Fällen wo wie hier, weder das Eigentum der Firma noch die persönliche Sicherheit der Firmeneinhaber bedroht ist, dürfte die Polizei nicht verwendet werden. Wo die Arbeiter anständig behandelt werden und sich mit der Betriebsleitung verständigen können, ist die Polizei überflüssig. In Betrieben aber, wo das eine nicht geschieht und das andere nicht möglich ist, und deshalb Differenzen entstehen, ist polizeiliche Einmischung erst recht verfehlt.

Wer den Streikbrecher spielt, hat keinen anderen persönlichen Schutz zu beanspruchen als den, der jeden anständigen Bürger durch Gesetz und Justiz geboten ist. Der sogenannte Arbeitswilligenklub bedeutet ja auch keine besondere Wertschätzung der dem Unternehmer „nützlichen Elemente“, sondern eine einseitige, unredliche Begünstigung von Unternehmern, die die Lohn- und Arbeitsbedingungen eigenmächtig diktiert anstatt sich darüber mit den Arbeitern verständigen wollen.

„Der Streik bei Spider abgewürgt.“

Unter dieser Ueberschrift brachten „Welt am Abend“ und „rote Fahne“ eine Darstellung des Beteiligungsarbeiterverbandes „Opposition“ über den von dieser Sonderorganisation bei Spider inszenierten Teilstreik. Der Deutsche Beteiligungsarbeiterverband teilt hierzu mit:

Die Schumacher-Opposition versuchte mit allen Mitteln, unsere Mitglieder zum Tarifbruch zu treiben und aus Mangel an eigenen Mitgliedern einen Streik mit unseren Mitgliedern und mit den Mitteln unserer Organisation zu führen. Da wir als Organisation verpflichtet sind, zu verhindern, daß kein Mitglied unseres Verbandes durch die Aktionen eines Schumacher auch nur eine einzige Stunde Arbeitslohn unmühigerweise verliert, mußten wir uns wohl über übel gegen diese Quertreiber wehren.

Unsere Organisation hat mit Wirkung vom 2. Februar auf Beschluß unserer Mitglieder das Tarifvertragsverhältnis mit dem Arbeitgeberverband der Herrenkonfektion wiederhergestellt. Schumacher versuchte nun in einer Betriebsversammlung bei der Firma Spider, die Kollegenschaft zu veranlassen, einen Stundenlohn von 91 Pf. zu fordern und bei Nichtbewilligung sofort in den Streik einzutreten. Die Firma verwies auf die Abmachungen der Tarifkonventionen und lehnte diese Forderung ab, worauf eine Teilwerkstatt die Arbeit niederlegte und Streikposten aufstellte. Die „Opposition“ versuchte nun auch, die in großer Zahl beschäftigten Heimarbeitler der Firma mit in diesen wilden Streik hineinzuziehen. Wir haben unseren Mitgliedern die Sachlage klargestellt, und so fiel denn auch die Entscheidung der Heimarbeitler gegen den von Schumacher angezettelten Tarifbruch aus. Unsere Mitglieder haben die Maschinenisten Schumachers sehr wohl erkannt und sind entschlossen, die in unseren Versammlungen gefassten Beschlüsse auch durchzuführen. Schumacher mußte dann den Streik, den er auf dem Rücken der Organisation ausgetragen gedachte, selber abwürgen. Der Beteiligungsarbeiterverband hat seinen Streik abgewürgt und braucht infolgedessen auch keinen Streik „abzuwürgen“.

Es ist selbstverständlich, daß wir in allen ähnlichen Fällen uns unsere Lohnteil nicht von Schumacher diktiert lassen. Das Ende der Schumacherischen Streikaktion bei Spider ist, daß die Firma die Teilwerkstatt, in der getreift wurde, geschlossen hält. Dafür haben sich die bravlos gemachten Arbeiter dieser Werkstätte bei Schumacher zu bedanken. Der Deutsche Beteiligungsarbeiterverband verzichtet nach wie vor auf die Bemühungen der Sonderorganisation, die Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen. Das muß die „Opposition“ dem Verbande überlassen.

Lohnabschluß der Sattler.

In der gut besuchten Versammlung des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuliers am Donnerstag berichtete Blume für die Reichsartikelbranche über die Vorkonferenzen mit den Unternehmern. Die Verhandlungen gestalteten sich deshalb besonders schwierig, weil die Beschäftigungsmöglichkeit in der Lederwarenindustrie zurzeit ungünstig ist. Die Unternehmer schienen es ab, den bisherigen unzulänglichen Stundenlohn zu erhöhen. Daraufhin rief die Organisation den Schlichtungsausschuß an, welcher einen Schiedsspruch fällte. Dieser Spruch wurde, obwohl er in keiner Hinsicht befriedigend war, von der Arbeiterschaft angenommen, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen. Die Organisation richtete ihr Hauptaugenmerk darauf, Ungerechtigkeiten, die durch die Stafflungen bei vorherigen Lohnvereinbarungen entstanden sind, durch eine allgemeine Lohnhöhung wieder zu beseitigen. Erst jetzt konnten die Verhandlungen über Lohn und Lohntarif zum Abschluß gebracht werden. Das Ergebnis ist folgendes: Der Mindestlohn wird mit sofortiger Wirkung von 75 auf 80 Pf. pro Stunde festgesetzt. Auf die bestehenden Akkord- und Zeitlöhne werden generell 6 Proz. Zuschlag gezahlt. Der Manteltarif läuft bis Ende April.

Die getroffenen Vereinbarungen wurden von der Versammlung entsprechend dem Vorschlag der Branchenleitung mit großer Mehrheit angenommen. Zum Schluß ermahnte Blume die Versammelten, in den Betrieben dahin zu streben, daß möglichst alle Kollegen und Kolleginnen der Organisation zugeführt werden.

Afzinger.

In der Zeitung „Montag-Morgen“ hat sich eine Polemik über die Verhältnisse in den Afzinger-Betrieben entwickelt. Die „M.M.“ rügte angebliche Mißstände in den Afzinger-Betrieben, worauf sich in Nr. 7 dieser Zeitung zunächst ein Herr Niederhof meldet, der die Beschwerden aus eigener Anschauung als unberechtigt erklärt und im Gegenteil die Afzinger-Betriebe über den grünen Ärmel lobt. Schließlich meldet sich auch die Afzinger A.-G. selbst zum Wort, um sich ebenfalls gegen die zuerst erschienenen Notiz zur Wehr zu setzen. Wir könnten ihr dieses Vergnügen ruhig lassen, obwohl bei den Arbeitnehmern der Firma Afzinger die Auffassung vertreten ist, daß es sich hier nur um eine Reklamemache handelt. Wogegen wir aber Stellung nehmen müssen, ist die Tatsache, daß die Firma Afzinger, im Gegensatz zu dem Herrn Niederhof, über das Bedienungspersonal ihrer Betriebe herfällt. Die Firma schreibt, daß sie eifrig bestrebt sei, die Schäden der Kriegs- und Nachkriegszeit zu beseitigen und entschuldigt sich damit, daß die heugendenden Vorschriften des Betriebsratgesetzes sie bisher gehindert hätten. Anscheinend kommt es der Firma bei ihrer ganzen Antwort überhaupt darauf an, alle Schuld von sich auf die Angestellten abzuwälzen und insbesondere das Betriebsratgesetz in Mißkredit zu bringen. Für die Öffentlichkeit wird es aber interessant sein, zu erfahren, daß mit den Schäden die seit 10 und 20 Jahren bei der Firma beschäftigten Arbeiter gemeint sind, die infolge der Kriegs- und Nachkriegszeit heute nicht mehr in vollem Umfange leistungsfähig sind. Diese Leute sollen auf ihre alten Tage, nachdem sie ihre Knochen für die Firma zu Markte getragen haben, auf die Straße geworfen werden. Das nennt man „Schäden beseitigen“. Wir sind der Meinung, daß es sehr notwendig ist, wenn die Unternehmer durch das Betriebsratgesetz an einem solchen rücksichtslosen Vorgehen gehindert werden.

Frank Hodges antwortet.

Auf die echt bolschewistische Anzempfung des derzeitigen Sekretärs des englischen Bergarbeiterverbandes und Führers der bolschewistischen „Rinderheitsbewegung“ Englands, Coof, antwortet Genosse Frank Hodges, der jetzt wieder als Bergarbeiter in der Grube arbeitet, im „Daily Herald“:

„Der den 1200000 Bergarbeiter in der gegenwärtig kritischen Situation helfen will, muß es mit Ueberlegung und nicht mit Schaumchlägerei tun. Ueberlegung, die zur praktischen Aktion führt, ist dem „Chor der kommunistischen Rassen“, wie Rembold sagt, bei weitem vorzuziehen. All das Gift und der Haß, die die letzten Ueberlegungen von Coof enthalten, werden die Ereignisse der Bergarbeiter nicht um einen Pfifferling während eines Jahrhunderts verbessern. Die Bergarbeiter brauchen Brot und können von Schaumchlägerei allein nicht leben. Was mich betrifft, so wünsche ich der Aufforderung von Kipling nachzukommen und war gefast, daß die Wahrheit, die ich ausgesprochen habe, durch Anechte verdreht werden würde, die daraus eine Falle für Loren machen. Ich will unermüdet weiter kämpfen für die Verbesserung des Schicksals der Bergleute. Das ominöse Schweigen der Fächerbesitzer und Händler bezüglich meines Vorschlages auf sofortige Verbesserung des Kohlenhandels ist weit berechtigt und bezeichnender als die windige Rederei des Führers der Rinderheitsbewegung der Bergleute und des „demütigen Schülers von Lenin“.

Schiedsspruch in der nordwestlichen Gruppe.

Dortmund, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Da bei den Verhandlungen zwischen den tariffähigen Parteien in der Metallindustrie, nordwestliche Gruppe, über Lohn und Arbeitszeit keine Einigung erzielt werden konnte, fällt der Vertreter des Reichs- und Staatskommissars Reichlich, Schödel, folgenden Schiedsspruch:

I. Lohnschiedsspruch.

1. Der tarifliche Spitzenlohn beträgt für Hülsenarbeiter 52 Pf. für Facharbeiter (Schlosser) 66 Pf.
2. Der Einstellenlohn beträgt für alle Gruppen 3 Proz. unter dem Spitzenlohn der bezüglichen Lohn- und Altersgruppen. Als Einstellungszeit gelten vier Wochen.
3. Akkord- und Prämienarbeiter erhalten zu den bisher bestehenden festen Zulagen einen Zuschlag von 4 Proz. pro Stunde.
4. Das Hausstandesgeld beträgt 1 Pf. pro Stunde, das Kindergeld 2 Pf.
5. Arbeiterinnen erhalten 70 Proz. des Lohnes ihrer männlichen Berufs- und Altersgruppen.
6. Die Lohnsätze der jüngeren Altersgruppen für die der Lehrlinge veränderten sich in dem Verhältnis, wie diese bisher zum Spitzenlohn standen.
7. Diese Regelung gilt ab 1. März 1923 und kann mit monatlicher Frist geändert werden, erstmalig zum 1. Juli 1923.

II. Arbeitszeitschiedsspruch.

1. Das bisher bestehende Arbeitszeitabkommen wird bis einschließlich 15. März 1923 verlängert.
2. Erklärungsfrist läuft bis zum 26. Februar 1923.

Ausperrung in der Lederindustrie.

Hamburg, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Lederindustrie des Bezirks Hamburg, zu dem Schleswig-Holstein, Lübeck usw. gehören, ist es vor einigen Tagen zu großen Teilstreiks wegen Nichtbewilligung von Lohnforderungen gekommen. Da die Schlichtungsverhandlungen in Lübeck zu keinem Ergebnis führten, die Arbeiterschaft aber auch auf ihre berechtigten Lohnforderungen nicht verzichten wollte und im Streik ausharrte, haben die Unternehmer mit der Ausperrung der Belegschaft in den noch arbeitenden Betrieben geantwortet. Von dem Streik und der Ausperrung werden im ganzen Bezirk etwa 7000 bis 8000 Personen betroffen.

Um die Arbeitszeit im Ruhrbergbau.

Dortmund, 19. Februar. (Nab.) Nach Mitteilung der königlichen Polizeidirektion ist bis zum Reichsarbeitsminister ausgesprochene Entscheidung für die Erklärung der Verbindlichkeit des Schiedsspruches für die Regelung der Rehrarbeit im Ruhrbergbau nicht vor Ende der Woche zu erwarten.

Verantwortlich für Politik: Groß Reich; Wirtschaft: Reichs-Generalkommissar; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Göttsche; Reichsminister: A. A. Schäfer; Sozial- und Familien: Frau Karst; Vorkriegs: H. Gleditsch; Familie in Berlin: Berlin: Formbüros-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Broschensche Druck- und Verlagsanstalt Paul Sines u. Co., Berlin SW. 6, Hindenburgstr. 2, Seite 1 Beilage.

Speisezimmer
Gelegenheits-Angebot!
Echt Eiche
komplett mit Tisch
und 6 Stühlen von
Mark **375** an.
Paul Neugebauer G.m.b.H.
Charlottenburg
Wilmsdorfer Straße 128, I
Ecke Schillerstr., Eing. Schillerstr.
Klein Laden

Ischias
Schmerz stillt, wenn
die Nerven
entzündet sind.
Schmerz stillt, wenn
die Nerven
entzündet sind.
Schmerz stillt, wenn
die Nerven
entzündet sind.

Küchen
Qualitäts-Möbel
in der denkbar größten Auswahl
zu enorm billigen Preisen, bis
zu den feinsten Modellen.
Küche Margaret, roh, mit
Anrichte kompl. 65, email. 100 M.
Küche Maria, roh, m. Anrichte
kompl. 70 M., emailiert 120 M.
Küche Gerry, roh, m. Anrichte
kompl. 95 M., emailiert 160 M.
Küche Bertha m. Seitenspende
195 cm br. kompl., email. 165 M.
Bücherische Erika, roh, 33 M.,
emailiert 55 M.
Kleiderschränke, roh, 90 cm
breit 33 M., emailiert 50 M.
Küchenmöbel-Fabrik
Laserstein
Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstraße
770. Moritz- und Oranienplatz
Tel. Moritzpl. 16930
Der heutigen Volksfrage von
Gold u. Zeit liegt ein Probevort
Staatl. Lotterie-Einnahme
von Lewin, W50, Augsburg
Str. 35 bei, worauf wir be-
sonders hinweisen!

Einsegnungs-Anzüge
Besonders preiswerte Angebote:
Blauer Cheviot 3reihig 29⁰⁰ 1reihig 27⁰⁰
Blauer Diag.-Cheviot 3reihig 36⁰⁰ 1reihig 34⁰⁰
Blauer Woll-Cheviot 3reihig 44⁰⁰ 1reihig 42⁰⁰
Blauer reinw. Cheviot 3reihig 50⁰⁰ 1reihig 48⁰⁰
Blauer Kammg.-Chev. 3reihig 68⁰⁰ 1reihig 65⁰⁰
Blauer Twill-Kammgarn 80⁰⁰
Marango-Cheviot 59⁰⁰
Schwarzer Kammgarn-Cheviot 65⁰⁰
Schwarzer Twill-Kammgarn 77⁰⁰
La Melton-Cheviot, ohne Gold-
spiegel 74⁰⁰
prima Tauchkammgarn m. Gold-
spiegel 85⁰⁰
Smoking-Anzüge in neuesten Formen und
Musterungen 38⁰⁰ an

Sonderangebot:
Regenmäntel für Damen und Herren
zu herabgesetzten, außergewöhnlich billigen Preisen
Herren-Gummi-Mäntel 34⁰⁰ 27⁰⁰ 19⁰⁰ | Herren-Gabardine-Mäntel 77⁰⁰ 59⁰⁰ 34⁰⁰
weite Schlüpferrorm, beste Gummierung. | Schlüpferrorm, extra weit, mit und ohne Plaidfutter, darunter
glatte und gemusterte prima reinwollene Qualität

Gummi- und Loden-Mäntel für Jünglinge von 17⁰⁰ an

Leineweber
Berlin C. Kölnischer Fischmarkt 4-6

Gelegenheit
Reste f. Wintermäntel u. Kostüme;
Sealplüsch, Samt, Krimmer.
Futterselben u. Halbselben
bedeutend unter Preis.
Haarpuder, Goltzstr. 2
(Grünwaldstraße)

Fritz Reimann
Kaufmann, Reichsstraße 53
die billige Bezugsquelle für
Zuck.-Mischpulver
Bäck.-Mischpulver
Bäck.-Mischpulver
2. Geschäft: Anzengruber-Strasse 27

Bandwurm
durch Reichel's Band-
wurmmittel „For-
tinet“ in 2-3 Tagen
entfernt. 100, für
Kinder (nach Alter)
1/2 10 In Drogerien
und Apotheken er-
hältlich, aber erst u. z.
mischen nur mit Zitrus-
Öl. Reichel, Berlin 43,
50, Offenburgerstr. 4.

Zähne 1 u. 2 G.M. Teilzahlung
gestaltet b. kl. Anzahl u. wüchsentl. Abzahlung von
1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an, Ersatz-
kronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v.
3 G.-M. an. Zahn mit Metall 1 G.-M. b. Bestellg.
von Gebissen gratis Rat und Munduntersuchung gratis
1 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20000 Gebisse zur
vollsten Zufriedenheit geliefert.
Hatvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schön-
vorzeiger 10% Rabatt.

Altes Spezialgeschäft
in
**Kamelhaar-
Sofa-
Kleide-
decken**
Et folgen
Strickwaren
Strümpfen
Stries
u.
Büchse
**Gebrüder
Pflaume**
Berlin SW.
Friedrichstr. 205
6de Zimmerl.

Gardinen
Sonderangebote
Gelegenh.-Käufe
in
Rosten
Stores, Bettdecken
Matras und
Blattgardinen.
Spezial-Gardinenverleiher
Kaukalla, Burgstr. 67
am Ringbahnho.

Hosen-Anders
Beusselstraße 25
Inlierieren
bringt ERPOLO!

Gemüseerbsen	2 Pfund	45 Pf.
Pfefferlinge	2 Pfund	95 Pf.
Tomatendüree	2 Pfund	59 Pf.
Gem. Gemüse	2 Pfund	88 Pf.
Anfeimas	2 Pfund	65 Pf.
Pflaumenmas	2 Pfund	70 Pf.
Vollmilch	2 Dosen	90 Pf.

Kolonialwaren

Zucker	1 Pfund	20 Pf.
Weizenmehl	1 Pfund	20 Pf.
Auszugmehl	1 Pfund	22 Pf.
Tafelreis	1 Pfund	20 Pf.
Viktoriaerbsen	1 Pfund	20 Pf.
Weizengriess	1 Pfund	24 Pf.
Bandnudeln	1 Pfund	26 Pf.
Backobst	halb Pfund	60 Pf.
Makkaroni	1 Pfund	68 Pf.
Malzgerste	1 Pfund	22 Pf.
Speisesalz	1 Pfund	10 Pf.
Kakao	1 Pfund	78 Pf.

Verkauf nur soweit Vorrat

Schweineläsen	1 Pfund	78 Pf.
Schulterblatt o. Bell	1 Pfund	84 Pf.
Schweineschutt ohne Bellage	1 Pfund	90 Pf.
Hammelvorderfleisch	1 Pfund	64 Pf.

Hammelrücken	1 Pfund	68 Pf.
Schweineköpfe gepökelt	1 Pfund	36 Pf.
Schweinenieren gefüllte	1 Pfund	60 Pf.
Ochsensuppenf.	1 Pfund	50 Pf.

Wurstwaren

Rotwurst	1 Pfund	65 Pf.
Leberwurst	1 Pfund	65 Pf.
Bauernmettw.	1 Pfund	90 Pf.
Knoblauchw.	1 Pfund	90 Pf.
Fleischwurst	1 Pfund	95 Pf.
Hausw.-Wurst	1 Pfund	95 Pf.
Mettwurst	1 Pfund	1,10
Salamiwurst	1 Pfund	1,35
Zervelatwurst	1 Pfund	1,40
Teewurst	1 Pfund	1,50
Hies. Speck	1 Pfund	1,35
Schinkenspeck	1 Pfund	1,50

Butter + Käse

Margarine	1 Pfund	58 Pf.
Margarine	1 Pfund	78 Pf.
Molkereibutt.	1 Pfund	85 Pf.
Romatour	1 Stück	24 Pf.
Camembert	1 Stück	28 Pf.
Quadratkäse	1 Pfund	30 Pf.
Kümmelkäse	1 Pfund	52 Pf.
Tilsiter Käse	1 Pfund	60 Pf.
Goudakäse	1 Pfund	75 Pf.
Edamer Käse	1 Pfund	90 Pf.
Dän. Schweizer	1 Pfund	1,10
Harzer Käse	1 Pfund	90 Pf.

Ka lee	1 Pfund	27 Pf.
Spez.-Misch.	1 Pfund	70 Pf.
Schokol.-Powder	1 Pfund	58 Pf.
Kaffee	1 Pfund	28 Pf.
Grüne Heringe	1 Pfund	18 Pf.
Bücklinge	1 Pfund	35 Pf.
Sardinen	1 Pfund	33 Pf.

Aussergewöhnlich billiges Fasswein-Angebot!

Mittelvoller Rheinpfälzer Weisswein 90 Pf. Steuer 24 Pf.	Dunkler voller Natur-Rotwein 100 Pf. Steuer 26 Pf.	Orig.-Douro-Portwein 200 Pf. Steuer 52 Pf.	1921er Haut-Sauernes 250 Pf. Steuer 65 Pf.
--	--	--	--

Für nur 6 Tage: Freitag, Sonnabend, Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag

Billiger Reklame-Verkauf

Selten preiswerte Angebote!

Kleiderstoffe

Blusenstreifen	1,35
Kleider-Schotten	1,45
Cheviot	1,95
Rockstoffe	2,50
Donegal	3,50
Mäntel	3,90
Gabardine	3,90

Baumwollwaren

Linon	85 Pf.
Linon	1,65
Renforcé	75 Pf.
Hemdentuch	68 Pf.
Hemdenflanelle	88 Pf.
Züchen u. Bettkattuno	95 Pf.

Hauswäsche

Geschirrtuch	58 Pf.
Küchenhandtücher	78 Pf.
Stubenhandtücher	85 Pf.
Reinl. Handtücher	95 Pf.
Rolituch	2,50
Tischtücher	3,90

Damen-Konfektion

Kleider	3,95	Mäntel	7,00
Kleider	5,90	Mäntel	12,75
Kleider	8,75	Mäntel	15,75
Kleider	12,75	Mäntel	18,75
Kleider	15,75	Mäntel	19,75

Angestaubte Damen- u. Herren-Taschentücher

in Linon und Batist mit und ohne Hohlraum

Serie I	18 Pf. 6 Stück 1,00	Serie II	22 Pf. 6 Stück 1,20	Serie III	32 Pf. 6 Stück 1,80
---------	---------------------	----------	---------------------	-----------	---------------------

Angebot in Damen-Schürzen

in Wiener Form, Jumper- und Wirtschafts-Schürzen in nur guten Stoffen und Verarbeitung

Serie I	1,95	Serie II	2,45	Serie III	2,95	Serie IV	3,95
---------	------	----------	------	-----------	------	----------	------

Damen-Uebergangshüte

in verschiedenen Ausführungen mit Band oder Borten

Serie I	4,95	Serie II	5,95	Serie III	6,95	Serie IV	7,95
---------	------	----------	------	-----------	------	----------	------

Herren-Artikel

Herren-Haarfilz-Hüte	5,95
Herren-Wollfilz-Hüte	3,95
Sportkragen	28 Pf.
Farbige Oberhemden	5,95
Herren-Gummi-Nosenträger	50 Pf.
Selbstblinder und Regattes	95 Pf.

Trikotagen u. Strümpfe

Normalhemd o. Beinkleid	2,45
Männer-Barchent-Hemd	2,65
Sportwesten	5,95
Damen-Strümpfe	48 Pf.
Damen-Strümpfe	1,45
Herren-Socken	38 Pf.

Gardinen

Etamine-Gardine	5,25
Etamine-Gardine	7,95
Madras-Gardine	5,75
Schellengardinen	95 Pf.

Gratis 1 Riesen-Luftballon
beim Einkauf von M. 5.- an

Wilhelm Stein

Chausseestr. 70-71 BERLIN N. Chausseestr. 70-71

Gratis 1 Riesen-Luftballon
beim Einkauf von M. 5.- an

Verkauf v. 9-7 Uhr durchgehend

Ab Freitag, den 20. Februar

Reste - Fabrik-Reste - Reste

Fabrikreste u. Abschnitte

Perkal-Reste	10 Pf.
Waschkrepon-Reste	25 Pf.
Wasch-Volle-Reste	95 Pf.
Foulardine-Reste	95 Pf.
Strumpfgummiband-Reste	8 Pf.

Blusenstoff-Reste

Jeder Rest, Meter	1.25, 95, 75 Pf.
Seidenstoff-Reste	1.95
Languetten-Reste	3 Pf.
Zwirnspitzen- u. Einsatz-Reste	5 Pf.
Klöppelspitzen- u. Einsatz-Reste	10 Pf.
Stickerel-Reste	9 Pf.

Kleiderstoff-Reste

Jeder Rest, Meter	1.75, 1.35, 95 Pf.
-------------------	--------------------

Fabrikreste u. Abschnitte

Handtuch-Reste	25 Pf.
Hemdentuch-Reste	45 Pf.
Barchent-Reste	48 Pf.
Haustuch-Reste	1.25
Seidenband-Reste	18 Pf.

Gardinen - Reste

Jeder Rest	1.60, 1.10, 85, 45 Pf.
------------	------------------------

Wachstuch - Reste

Jeder Rest	1.20, 85, 40, 20 Pf.
------------	----------------------



Taschentuch m. Hohlraum 9 Pf. | Kinderbilderbuch 10 Pf.

Spielhöschen u. Russenkittel	95 Pf.
Kostümrock aus reinwollenem Cheviot	4,75
Cheviotkleid reine Wolle	5,95
Covercoat-Mantel m. Blüten, Knopfgarnit	7,90
Linontuch	22 Pf.
Stickereltuch	22 Pf.

Bei Einkauf von 5 Mark an 1 Luftballon gratis